Zweckvereinbarung

zur Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Abfallentsorgung

zwischen

der Stadt Halle (Saale), Marktplatz 1, 06110 Halle (Saale), vertreten durch die Oberbürgermeisterin

- nachfolgend „Stadt Halle“

und

dem Landkreis Saalekreis, Domplatz 9, 06217 Merseburg, vertreten durch den Landrat

- nachfolgend „Landkreis Saalekreis“

Präambel

Die Vertragsparteien sind gemäß § 3 Abs. 3 des Abfallgesetzes des Landes Sachsen- Anhalt (AbfG LSA) vom 01. Februar 2010 in der geltenden Fassung als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger i. S. des § 13 Abs. 1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) mit der öffentlichen Aufgabe der Abfallentsorgung beauftragt.

Das „Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14- Star Park A 14“ (i. F. „Vertragsgebiet“), welches zu einem gemeindeübergreifenden Industriegebiet entwickelt und genutzt werden soll, erstreckt sich in territorialer Hinsicht über das Gebiet der Stadt Halle sowie zugleich über das Gebiet der Stadt Landsberg und der Gemeinde Kabelsketal. Für die Stadt Landsberg und die Gemeinde Kabelsketal ist der Saalekreis gemäß § 3 Abs. 1 AbfG LSA als öffentliche Körperschaft der öffentlich- rechtliche Entsorgungsträger. Damit sind im Vertragsgebiet für die öffentliche Aufgabe der Abfallbeseitigung zugleich zwei unterschiedliche Körperschaften des öffentlichen Rechts zuständig.

Der anteilig größte Teil des Vertragsgebietes wird vom Stadtgebiet der Stadt Halle umfasst. Zur Gewährleistung der gemeindeübergreifend ordnungsgemäßen und reibungslosen Abfallentsorgung im Vertragsgebiet werden eine einheitliche Organisation und Durchführung derselben angestrebt. Ziel ist, durch eine gemeindeübergreifende Bündelung der Aufgabenzuständigkeit und Aufgabenverantwortung eine einheitliche sowie technisch und organisatorisch sichere sowie wirtschaftlich tragfähige Erfüllung der öffentlichen Aufgabe der Abfallentsorgung langfristig zu gewährleisten und für die Nutzer überschaubare und eindeutige Strukturen zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund schließen die Vereinbarungspartner für das Vertragsgebiet die folgende Zweckvereinbarung im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit für das Land Sachsen-Anhalt vom 26. Februar 1998 (GKG LSA) in der geltenden Fassung i. V. m. § 3 Abs. 2 Satz 1 (AbfG LSA).

§ 1 Gegenstand der Zweckvereinbarung

Gegenstand des Vertrages ist die Regelung der interkommunalen Zusammenarbeit der

Vertragspartner zur gemeindeübergreifenden Gewährleistung der Abfallentsorgung im Vertragsgebiet, insbesondere die Übertragung der öffentlichen Aufgabe „Entsorgung der im Vertragsgebiet angefallenen und überlassenen Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen“ zur einheitlichen Erfüllung auf die Stadt Halle.

Die öffentliche Aufgabe Abfallentsorgung erfolgt nach Maßgabe des KrW-/AbfG, des AbfG LSA, der Abfallwirtschaftssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 22.11.2006 und der Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vom 28.01.2009 in der jeweils geltenden Fassung.

§ 2 Aufgabendelegation und Aufgabenbesorgung

- (1) Der Landkreis Saalekreis überträgt der Stadt Halle das Recht und die Pflicht, die Aufgabe der Abfallentsorgung gemäß § 1 Abs. 1 im Vertragsgebiet insgesamt zu erfüllen (Aufgabendelegation). Mit der Wirksamkeit der Zweckvereinbarung gehen das Recht und die Pflicht zur Erfüllung der öffentlichen Aufgabe „Abfallentsorgung“ des Landkreis Saalekreis im Vertragsgebiet sowie die damit verbundenen Rechte und Pflichten, einschließlich der Abgabenhöhe, vollständig auf die Stadt Halle über.
- (2) Die Stadt Halle kann sich zur Besorgung der übertragenen Aufgabe ganz oder teilweise eines Dritten (HWS GmbH, RAB GmbH) bedienen.
Das Recht und die Pflicht der Stadt Halle, die übertragene Aufgabe zu erfüllen, werden hiervon nicht berührt.

§ 3 Satzungsrecht und Rechtsverhältnisse zu den Nutzern

- (1) Die Stadt Halle hat das Recht, die zur Erfüllung der übernommenen Aufgabe erforderlichen satzungsrechtlichen Regelungen für das Vertragsgebiet zu erlassen und die erforderlichen Anordnungen und Maßnahmen zu treffen. Die zum Zeitpunkt des Abschlusses der Zweckvereinbarung geltenden Regelungen der Abfallwirtschaftssatzung und der Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale) gelten ohne Einschränkungen auch für das Vertragsgebiet.
- (2) Die Durchsetzung des Anschluss- und Benutzungszwanges und der Überlassungspflichten obliegt damit nunmehr der Stadt Halle.
- (3) Hinsichtlich der Deckung des Aufwandes für die Übernahme der öffentlichen Aufgabe „Abfallentsorgung“ erhebt die Stadt Halle Benutzungsgebühren nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung.

§ 4 Grundlagen und Durchführung der Aufgabenerfüllung durch die Stadt Halle

- (1) Die Erfüllung der öffentlichen Aufgabe der Abfallentsorgung im Vertragsgebiet erfolgt durch die Stadt Halle eigenverantwortlich. Eine Kosten- oder sonstige Beteiligung oder Mitwirkung des Landkreis Saalekreis bei der Aufgabenerfüllung erfolgt nicht. Mit der Übergabe/Übernahme der Aufgabe der Abfallentsorgung ist kein Personalübergang verbunden.
- (2) Die Stadt Halle erfüllt im Vertragsgebiet folgende abfallrechtliche Aufgaben:
 1. Sammlung, Beförderung und Entsorgung der angefallenen und überlassenen Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, sofern sie nicht durch Satzung von der Entsorgungspflicht ausgeschlossen sind

Hierzu gehören insbesondere:

- die Sammlung, Beförderung und Entsorgung von hausmüllähnlichem Gewerbeabfall und Geschäftsmüll
- die Sammlung, Beförderung und Entsorgung von Sonderabfallkleinmengen
- die Sammlung, Beförderung und Entsorgung von nicht verwertbaren Bau- und Abbruchabfällen,

2. Sammlung, Beförderung und Entsorgung aller Abfälle aus privaten Haushaltungen.

Dazu gehören auch die verbotswidrig abgelagerten Abfälle und Fahrzeugwracks gemäß §§ 11 und 11 a AbfG LSA,

3. Abfallberatung, Abfallgebührenerhebung und –beitreibung;

- (3) Im Bedarfsfall können Abfallbesitzer im Vertragsgebiet das Wertstofffassungssystem der Stadt Halle in Anspruch nehmen.
- (4) Die Stadt Halle berücksichtigt das Vertragsgebiet bei zu erstellenden Abfallbilanzen und Abfallwirtschaftskonzepten.
- (5) Die Stadt Halle hat Satzungen, die mit Wirkung auch für das Vertragsgebiet erlassen werden, auch im Bekanntmachungsorgan des Landkreis Saalekreis bekannt zu machen.
Sonstige öffentliche oder ortsübliche Bekanntmachungen der Stadt Halle, die das Vertragsgebiet betreffen, erfolgen ebenfalls in dem genannten Bekanntmachungsorgan.

§ 5 Laufzeit der Zweckvereinbarung

- (1) Die Laufzeit der Zweckvereinbarung beginnt am 01.01.2012. Sie wird unbefristet abgeschlossen.
- (2) Eine Kündigung dieser Vereinbarung kann mit einer Frist von 6 Monaten zum Ende des Kalenderjahres durch beide Vertragsparteien erfolgen. Sie bedarf der Schriftform.
- (3) Im Fall einer Kündigung bedarf es keiner Auseinandersetzung i. S. von § 5 Abs. 4 GKG-LSA.
- (4) Die Zweckvereinbarung ist auch beendet, wenn das Vertragsgebiet vollständig aus dem Gemeindegebiet der Stadt Landsberg und der Gemeinde Kabelsketal ausgeschieden ist.
- (5) Die gesetzlichen Anforderungen an das Ausscheiden einzelner Beteiligter aus einer Zweckvereinbarung sowie die Erforderlichkeit einer Genehmigung durch die Kommunalaufsichtsbehörde bleiben unberührt.

§ 6 Konsolidierung der Rechtslage

Der Saalekreis wird das Vertragsgebiet zum Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Zweckvereinbarung aus dem Geltungsbereich seiner abfallrechtlichen Satzungen ausschließen.

§ 7 Schlussbestimmungen

- (1) Beide Parteien verpflichten sich zu gegenseitigem Wohlverhalten und Loyalität. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragspartnern über die durch den vorliegenden Vertrag begründeten Rechte und Pflichten sowie über die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages sollen auf dem Verhandlungswege einvernehmlich ausgeräumt werden.
- (2) Änderungen, Ergänzungen sowie Nebenabreden zu dieser Zweckvereinbarung wurden nicht getroffen.
- (3) Änderungen oder Ergänzungen dieser Zweckvereinbarung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit durch Rechtsvorschrift nicht eine andere Form vorgeschrieben ist.
- (4) Diese Zweckvereinbarung ist zweifach gefertigt. Der Saalekreis sowie die Stadt Halle erhalten je ein Exemplar.
- (5) Sollte eine Bestimmung des Vertrags sich als unwirksam herausstellen, so berührt dies nicht die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen. Die Parteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine dieser Bestimmung möglichst nahe kommende wirksame Bestimmung zu ersetzen. Entsprechendes gilt, wenn die Zweckvereinbarung eine Lücke enthalten sollte oder sich die Durchführung einer Regelung als nicht praktikabel herausstellt.
- (6) Die Zweckvereinbarung bedarf gem. § 3 Abs. 3 GKG LSA der Genehmigung der Kommunalaufsicht (§ 3 Abs. 4 i. V. m. 17 GKG LSA) und ist gem. § 3 Abs. 5 GKG LSA nach den für Satzungen geltenden Vorschriften öffentlich bekannt zu machen. Soweit eine etwaige Änderung der Zweckvereinbarung die Beteiligten oder den Gegenstand betrifft, unterliegt auch diese der Genehmigung der Kommunalaufsicht.
- (7) Die Zweckvereinbarung wird am Tage nach ihrer letzten Bekanntmachung wirksam.

Halle (Saale), den

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin
Stadt Halle (Saale)

Merseburg, den

Frank Bannert
Landrat
Landkreis Saalekreis